

Antragsteller: DGB Regionsvorstand

	Wortlaut des Antrages:	Empfehlung der Antragsberatungskommission:	Beschluss der RDV:
<p>1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 26 27 28 29 30 31 32 33 34</p>	<p>Verhandeln statt Verordnen – Demokratisierung des Beamtenrechts überfällig</p> <p>Die Regionsdelegiertenversammlung möge beschließen: Die den Beamtinnen und Beamten und ihren Gewerkschaften gewährten Beteiligungsrechte werden den Anforderungen einer demokratisch verfassten Gesellschaft nicht gerecht. Beamtinnen und Beamten wird in entsprechenden Fragen ihres Arbeitsverhältnisses bisher lediglich ein Anhörungsrecht zugestanden, alle wesentlichen Entscheidungen werden einseitig durch den Gesetz- oder Verordnungsgeber über ihren Kopf hinweg getroffen.</p> <p>Die Beteiligungsrechte müssen zu einem Verhandlungs- und Vertragsrecht erweitert werden. Die Beamtinnen und Beamten sind stärker als bisher bei der Ausgestaltung ihrer Arbeits- und Bezahlungsbedingungen zu beteiligen.</p> <p>Es ist ein Widerspruch in sich, von Beamtinnen und Beamten mehr Leistung, Eigenverantwortung, Kommunikationsfähigkeit, Verhandlungsgeschick und Kreativität zu verlangen und sie gleichzeitig zu Bittstellern zu machen, wenn es um ihre sozialen und beruflichen Belange geht.</p> <p>Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften des Öffentlichen Dienstes fordern deshalb Verhandlungs- und Vertragsrechte auch für Beamtinnen und Beamte.</p> <p>Der DGB-Bremen hat in einem Positionspapier Vorschläge zur Normierung von Verhandlungsrechten im Bremischen Beamtengesetz gemacht. Danach regelt der Gesetzgeber zukünftig nur noch die Tatbestände, die insbesondere verfassungsrechtlich zwingend vorgeschrieben sind. Alle anderen Tatbestände werden zwischen den Vertragspartnern ausgehandelt und in öffentlich rechtlichen Verträgen</p>	<p>Annahme</p>	<p><input type="radio"/> Annahme</p> <p><input type="radio"/> Annahme mit Änderung</p> <p><input type="radio"/> Ablehnung</p> <p><input type="radio"/> Material an:</p>

Antragsteller: DGB Regionsvorstand

35 36 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46 47	vereinbart. Aufgrund der Förderalismusreform, nach der die Zuständigkeit für das Beamtenrecht auf die Länder übertragen wurde, könnte die rotgrüne Koalition in Bremen ein Zeichen setzen für die Demokratisierung des Beamtenrechts. In der bisher in erster Lesung verabschiedeten Neufassung des Bremischen Beamtengesetzes findet sich allerdings nichts davon. Die Delegiertenkonferenz fordert die Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft auf, im neuen Beamtengesetz Verhandlungsrechte für Beamtinnen und Beamte zu verankern.		
--	--	--	--